

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publicationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Berleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Bochum-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schillerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Abonnementpreis:
die sechsgeschwisterte Kolonialzeile 40 Pf., für Mitglieder 30 Pf.
Schluss für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

Die Schuhvorrichtungen in den Mühlen.

Zur Überwachung der Betriebe sind von der Müllereiberufsgenossenschaft vier technische Aufsichtsbeamte angestellt. Über die Tätigkeit derselben im Jahre 1909 und was diese technischen Aufsichtsbeamten für Mängel in bezug auf Schuhvorrichtungen gefunden und in welchem Maße und mit welchem Erfolg sie Abhilfe verlangt und durchgesetzt haben, wie überhaupt über die Revisionen ist im Geschäftsbericht der Müllereiberufsgenossenschaft für 1909 Aufschluß gegeben. Danach ist es mit den Schuhvorrichtungen noch recht mangelhaft bestellt.

Revidiert haben die Beamten 1532 Betriebe. Sie berichten, daß die Betriebsbesichtigungen in den meisten Fällen in Gegenwart des Betriebsunternehmers oder seines Stellvertreters stattfinden, und daß allgemein der Grundsatz gilt, die Revision in Begleitung des Betriebsunternehmers vorzunehmen. Wir haben diesen Grundsatz schon bei anderen Gelegenheiten kritisiert, da wir ihn nicht für richtig halten. Der Revisionsbeamte kann seine Beobachtungen ebenso gut ohne den Betriebsunternehmer machen, er wird aber, wenn er allein kommt, von den Arbeitern viel unbeständiger Auseinandersetzung erhalten. Über es scheint, daß man auf Zukunft der Arbeiter überhaupt nicht besonders sieht. Der Verlehr der Aufsichtsbeamten mit den einzelnen Unternehmern soll sich fast durchweg gut gestaltet haben, der hie und da geringe passive Widerstand sei durch Aufklärung über Zwecke und Ziele der Unfallverhütungsbemühungen beseitigt worden, nur in einem Falle habe Unmöglichkeit und Verständnislosigkeit die Revision verhindert. Gesagt wird, daß von den Versuchten keine Belehrungen an die Beamten gelangten. Das ist durchaus nicht wunderbar, da ja die Revisionen fast stets in Anwesenheit des Unternehmers vorgenommen werden, und überdies sind die Beamten Angestellte des Unternehmers und werden als solche von den Arbeitern betrachtet. Eigenartig mutet es aber an, daß im Bericht angeführt wird, die Beamten hätten sich mit Beamten verschiedener Gewerbeinspektionen darüber verständigt, daß bei der Eigenart des müllerischen Betriebs beim Fahrradfuhrer nicht immer streng an dem Buchstaben der polizeilichen Bestimmungen festgehalten werden könne. Die Folge dieser Verständigung dürfte eine größere Unzahl Fahrradunglüche sein! Uebrigens wunderbar, daß die Polizei nicht auf strenger Befolgung ihrer Bestimmungen besteht; von der Seite kennen die Arbeiter die Polizei nicht.

Über das Verständnis der Unternehmer für die Unfallverhütung sagt der Bericht:

„Es herrschen über den Zweck der Unfallverhütungsvorschriften und der von den Aufsichtsbeamten angeordneten Maßnahmen, auch bei sonst einsichtsvollen Leuten, oft falsche Begriffe; oder die Unternehmer stehen den Bemühungen indifferent gegenüber. . . . Gerade in Müllerkreisen ist eine gewisse Gleichgültigkeit gegen die Gefahren eines Betriebes erklärlich. Es finden sich Mühlen, die seit vielen Jahren im Besitz derselben Familie sind. Der Inhaber ist zwischen all den Rädern und Niemenaufläppen aufgewachsen und von Kind auf an die Verhältnisse der Arbeitsstätte gewöhnt. Er ist so sehr mit seinem Betriebe verbunden, daß er die Gefahr für den Fremden und Unerwachten, also seinen Arbeiter, vollständig verkennt.“

Verunglücken dann Arbeiter infolge dieser Indifferenz der Unternehmer, dann werden sie Wochen- und monatelang um ihre längliche Rente von Pontius zu Pilato laufen müssen und die Unglücksfälle werden von skrupellosen Unternehmerblättern dem Leichtinn der Arbeiter über gar deren angeblichem Bestreben, zu einer Rente zu gelangen, zugeschrieben!

Wie es oft in den alten Mühlen aussieht, davon zeugen folgende Ausführungen:

„Die Fußböden und Treppen sind ausgetreten. Die Handländer an den Treppen nicht mehr vorhanden oder absichtlich entfernt, weil sie angeblich beim Sädertransport hinderlich waren. Leitern mit fehlenden Sprossen, oft für ihren Zweck zu kurz oder überhaupt ungeeignet, sind häufig anzutreffen. . . . Die mit großen Kosten verbundenen baulichen Rendierungen und Reparaturen können dem oft wirtschaftlich nicht günstig gestellten Unternehmer nicht zugemutet werden (!) und müssen sich daher Anordnungen auf das notwendigste befrüchten.“

Was heißt das anders, als daß nicht die Sorge um das Wohl und die Gesundheit der Arbeiter, sondern die Rücksichtnahme auf den Geldbeutel der Unternehmer den Umfang der notwendigen Anordnungen diktiert.

Weiter wird berichtet, daß oft die Treppe zu steil und zu schmal ist oder sie mündet direkt an der Gebäudemauer. Die Beamten fanden schon Neuanlagen, „die vollständig fertig eingerichtet, aber ohne Treppen waren. Erst nachträglich wurden dann die Aufgänge an verschiedenen Stellen der einzelnen Stockwerke in ungünstiger Weise untergebracht“. „So wie Treppen, Leitern, überhaupt Zugänge zu den Räumen und den einzelnen Maschinen, sehr nebensächlich behandelt werden, ebenso ist es auch mit der Forderung einer ausreichenden Lüftung und Beleuchtung.“ Besonders gefahrbringende Zustände wurden in einigen Mühlen festgestellt, woselbst mangelhafte Beschafftheit der Belehrräume je mit nicht ausreichender Beleuchtung der Mühlenträume zusammentraf; die Möglichkeit von Unfällen wird in solchen Räumen beim Tragen schwerer Lasten noch vermehrt!

Nur in „einigen“ Mühlen wurden solche gefährliche Zustände angetroffen? Viele Bauernmühlen und besonders solche in abgelegenen Gegenden scheinen die Beamten nicht besucht zu haben, sonst würden aus den „einigen“ recht viele geworden sein.

Gedacht wird in dem Bericht, daß die Verwohrungen der Lüften für die Bedienung des älteren Saatzuges in vielen Fällen ungünstig sind. „Handgriffe oder Brustwehren werden zwar in

den Unfallverhütungsvorschriften verlangt, doch ist oft weder die eine noch die andere Vorschrift befolgt und zahlreich sind demnach auch die von den Aufsichtsbeamten getroffenen Anordnungen.“

Auch die Kraftmaschinen, zu welchen die Klein- und Mittelmühlen immer mehr übergehen, um unabhängig zu werden von Wind und Wasser, erhöhen die Betriebsgefahr. Diese Kraftanlagen werden oft von den Fabriken ohne die nötigen Schuhvorrichtungen geliefert, und die Unternehmer denken, weil diese Maschinen nicht fortwährend laufen, sei ein besonderer Schutz überflüssig.

„Die Wasserrad anlagen sind des öfteren sehr alte Einrichtungen, die im Laufe der Zeit keine Änderung erfahren haben und den strengen Forderungen der Unfallverhütungsvorschriften nicht entsprechen.“ Das erkennen die Beamten an, aber sie begnügen sich damit, eine Sicherung der Lauftritten, Schüben und Zugänge zu den Zapfen zu fordern. „In diesen Teilen des Wasserrades sind die Mängel am häufigsten zu finden und die Beanstandungen denn auch sehr zahlreich, aber leider verbietet es auch hier die ungünstige Wirtschaftslage der Müllerrei, durchgreifende Neuerungen von den Unternehmern zu verlangen.“ Also auch hier wieder die Rücksichtnahme auf den Geldbeutel der Unternehmer, mögen auch die Arbeiter zu Zukünften in solchen rücksichtigen Betrieben Leben oder ihre gefundenen Gliedmaßen einzubüßen.

Wieder wird verstoßen gegen die in §§ 23 und 24 der Unfallverhütungsvorschriften niedergelegten Bestimmungen, wonach Reparaturen und das Abseilen nur bei absolut festgehaltinem Rad erfolgen dürfen und die eisüberzogenen Zugänge und der Standort des Arbeiters mit Sand oder Asche überstreut und stand sicher sein sollen. Zahlreiche Unglücksfälle beweisen, daß Verstöße gegen diese Bestimmungen recht häufig vorkommen.

Auch die Transmissionsen, bei welchen ein hoher Prozentsatz der Unfälle vorkommen, boten nach dem Bericht eine Quelle zahlreicher Beanstandungen und geben fortwährend Anlaß, Schuhvorrichtungen anzugeben. Ein viel zu zugender Mangel ist die ungenügende oder gar nicht vorhandene Bekleidung und Verkleidung des Hauptantriebs und die vollkommenen Schwierigkeiten der tonnigen Zahnrädergetriebe an den Mahlgängen. Ein großer Teil Unfälle kommen vor beim Niemenauflägen während des Gangs. Daß praktische Niemenaufläger fehlen, sagt der Bericht allerdings nicht.

Als Schmerzkind für die Betriebsüberwachung bezeichnet der Bericht den „Fahrtuhl“. Man sei bei der örtlichen Lage des Fahrtuhls öfter nicht in der Lage, mit absoluter Strenge an den polizeilichen Vorschriften für den Fahrtuhlkreis festzuhalten. Darüber ist schon eingangs das nötige gesagt. Der Beamte rat, wenn umfangreiche Änderungen am Fahrtuhl notwendig wären, denselben in einen Saatzug zu verwandeln, der mit zurückfallenden Deckeln an den Lüften bei verringerter Gefahr den selben Zweck erfüllt.

Das zum Mühlentrieb gehörnde „Führer“ ist der Überwachungstätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten meist entzogen. Wagen und Pferde sind unterwegs und der Beamte muß der Aussage des Unternehmers glauben, daß Hemmvorrichtungen usw. an den Wagen vorhanden und diese in gutem Zustand sind. Uns düst, daß es dem doch keiner so großen Anstrengung bedürfe, um Wagen und Pferde anzutreffen. Dieser Einwand der Aufsichtsbeamten darf man denn doch nicht gelten lassen, denn auch hier handelt es sich um Leben und Gesundheit von Arbeitern, zu deren Schutz die Aufsichtsbeamten doch da sein sollen.

Auch Verbandsmaterial, Arzneien und Einrichtungen für den Krankentransport sind nach dem Bericht in den Mühlen nur selten und durchweg nur in größeren Mühlen zu finden. Also auch zu dieser Selbstverständlichkeit können sich die Unternehmer in ihrer Mehrzahl noch nicht aufschwingen.

Die Zahl der Beanstandungen heutz nicht weniger als 1920 und das bei nur 1532 revidierten Betrieben. Anordnungen wurden im Jahre 1909 in den revidierten Mühlbetrieben getroffen werden bei unsicheren Treppen, Laufbühnen, Fußböden 65; Fehlen von Geländern 255; unsicheren Leitern 14; Fehlen von Verwehrungen an Lüften, Schuttlösungen, Sätkästen usw. 93; Fehlen von Handgriffen an Bandöffnungen 80; ordnungswidrigen Basserradzugängen usw. 77; Fehlen von Verwehrungen an Schüttgräbern und Kraftmaschinen 24; Fehlen von Verwehrungen an Transmissionen, Getrieben, Niemenräderen usw. 587; Fehlen von Fahrtuhleinrichtungen, Abschlüttüren, Warnungstafeln 115; Fehlen von Verwehrungen an den Antrieben der Müllereimaschinen, Vorgelegten usw. 429; Fehlen der Unfallverhütungsvorschriften 157; sonstige Anordnungen 166.

Es sieht also noch recht böse aus in bezug auf die Schuhvorrichtungen in den Mühlentrieben. Daß es anders wird, dafür müssen die Kollegen sorgen: daß die zum Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit notwendigen Einrichtungen überall durchgeführt werden. Vielleicht scheinen die Arbeiter der Unfallverhütung noch nicht das nötige Interesse entgegenzu bringen. Der Bericht der technischen Aufsichtsbeamten lädt verächtlich über Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit älterer Arbeiter, „die seit vielen Jahren unter gleichen Verhältnissen (in denselben Mühle oder Mühlen derselben Gegend) tätig sind, jede Maßnahme in bezug auf Unfallshut als eine Unbequemlichkeit für die gewohnten Arbeiter ansahen und deshalb alle Neuerungen und Anordnungen im Betrieb für unnötig und überflüssig halten. Die Belehrung von Schuhvorrichtungen gehört gerade nicht zu den seltenen Erscheinungen.“

Im allgemeinen könnte aber gesagt werden, daß die Betriebe mit den Schuhvorrichtungen und überaupt mit den Maßnahmen der Unfallverhütung einverstanden sind. Romantisch die jüngere Arbeitergeneration und jüngere Arbeiter, die durch Tätigkeit in den verschiedensten Betrieben große praktische Erfahrungen ge-

sammelt haben, stehen der Sache mit größerem Verständnis gegenüber.“

So gehört es sich. Wenn die Arbeiter ernstlich und stetig auf die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften hindeuten, dann dienen sie ihrem eigenen Interesse.

Ausreden.

Über den Indifferenzismus, die Teilnahmeleistung der Arbeiterchaft bei der Wahrung und energischen Vertretung ihrer Klasseninteressen, wird mit Recht gesagt. Und bei vielen Arbeitern scheint dieser Indifferenzismus sicher unüberwindlich. Mag man sich noch so viele Mühe geben, sie für ihre Klassenlage zu interessieren, immer haben sie nur ein Achselzucken dafür übrig und begnügen sich höchstens noch damit, unter Anwendung einer nichtsagenden Haltung ihre Teilnahmeleistung am öffentlichen Leben zu beschönigen.

Solang man einen solchen rauhbeinigen Gesellen über seine wirtschaftliche Lage unterhält, mag's noch angehen, und bei besonders scharpsoorientierten Wendungen während dieses Vortrags nicht er rechtverständnis mit dem Kopfe. Er erkennt an, daß der Arbeitervorstand ein gedrückter ist und viel Unrecht in der Welt hat. Geht der Vortragende aber dazu über, dem Zuhörer verständlich zu machen, daß nur durch strenge Organisation der Arbeiterschaft dieses Unrecht beseitigt werden kann, dann wird das Gefühl des Zuhörers schon mettlich länger. Und fordert man gut zum Schlusse den Beitrag zur Organisation, dann kommt es zu besagtem bedauernden Achselzucken und jener Nedwendung, die dem Vortragenden verrät, daß es noch vieler Arbeit bedarf, um endlich in diesen Dicshädel einzudringen.

Eine der beliebtesten Ausreden jener denkt und istfaulen Arbeiter ist die Wendung, daß das ja alles recht gut und schön sei und auch selbstverständlich erster Mann an der Spitze sein würden, aber ja, wie es nun einmal liege, habe es keinen Zweck. Ja, wenn alle so dächten wie sie! Aber die anderen! Die dächten nicht im Traume daran, sich organisieren zu wollen. Die ließen sich alles gefallen. Einem bietet sich immer billiger an als den anderen. Und wenn man auf diese Einwände erwidert wird, daß aber doch unter allen Umständen, einmal der Anfang gemacht werden müsse und durch langsame und zielstrebige Agitation dennoch etwas gefertigt werden könnte, um die Köpfe so nach und nach zu revolutionieren und für die Arbeiterschaft zu gewinnen, dann erklärt der also Bombardier zum Schlus, daß er sich die Sache erst noch überlegen will, später werde er Begeiß geben. Aber erst müsse er noch mit Schule und Müller Rücksprache nehmen...

„So war die Arbeit des Organisationswerbers wieder einmal umsonst. Denn das „Überlegen“ dauert in der Regel sehr lange. Er weiß aber auch Bescheid. Das, was der von ihm bearbeitete da vorgebracht hatte, waren weiter nichts als Ausreden, um nur in der alten Denkfassheit, dem alten Sichgehenlassen zu verharren. Es erscheint eben vielen Arbeitern als ein idealer Zustand, so recht gedanklos in den Tag hineinzuleben, sei es auch noch so kümmerlich, statt sich in ernstem Denken seine Lage zu betrachten und auf deren Verbesserung bedacht zu sein.“

Ein indifferenter Arbeiter, der sich auf solche Weise vor seiner Organisationsfähigkeit zu drücken sucht, ist aber inne, noch nicht gerade der schlechteste. Er läßt doch immerhin mit sich reden und es dürfte mit der Zeit doch gelingen, ihn für seine Klassenlage zu interessieren, daß er schließlich eines schönen Tages mal wirklich Ernst macht und sich organisiert. Dann ist das Spiel, aber auch für unsere Bewegung so gut wie gewonnen. Denn nun fest die nachhaltige und in genauer Periode sich wiederholende Agitation durch unser Verbandsorgan ein, es kommen systematisch der Aufklärung dienende Vorträge, und so wird denn das neu gewonnene Mitglied immer mehr für unsere Ziele interessiert, so daß sich schließlich aus ihm ein recht brauchbares Mitglied unserer Organisation entwickelt.

Es gibt aber außer solchen Leuten noch andere, die schwerer für unsere gute Sache zu überzeugen und zu gewinnen sind. Das sind die Nebenschläuler. „Was braucht ich den Verband! Sei fit ist der Mann! Man muß seine Sache selber zu vertreten wissen!“ So hält es dem Organisationswerber entgegen. Und doch versteht sich hinter den dramatisierenden Worten leider zu oft, ja fast immer, nur eine faule Ausrede. Solche großsprechende Helden sind in der Regel nichts weniger als Nachahmungen des Freiheitskämpfers Wilhelm Tell, der ebenfalls sagte: „Der Starke ist am mächtigsten allein.“ Hinter ihnen Aussenden versteckt sich zu meist nur der starke Egoismus oder aber nackte Feigheit. Wohl haben sie den Zweck der Organisation begriffen, aber sie sagen sich, daß es ohne sie auch wohl gehen mag, dann sparen sie den Verbandsbeitrag und genießen ja doch die Früchte, die die anderen in mühevolltem Kampfe erobert haben. Oder aber sie haben Angst, daß, wenn sie sich organisieren, es vielleicht „der Herr Chef“ erzählen könnte. Und der könnte es vielleicht übel vermerken. Darum bleibt der Bruder Haubchein lieber unorganisiert, weil er aber gern nach außen als ein „Held“ erscheinen möchte, dramatisiert er mit dem vermeintlichen Heldenmut des Einzelnen.

Andere erzählen wieder schlauweg, daß sie das Geld, das sie für ihre Verbandsangehörigkeit ausgeben müssen, sparen könnten. Und sie machen eine wunderschöne Rechnung auf, wieviel Geld sie auf diese Weise in einem oder gar in zehn Jahren „ersparen“ und auf die hohe Kante legen....

Ein anderer erklärt wieder im Brustton tiefsinniger Überzeugung, daß ihm der Verband nicht revolutionär genug sei. Und er erklärt freierlich, daß er „vollständig prinzipiell“ dagegen ist, der Organisation beizutreten. Das sind die echten Übermenschen. Ihnen geht das alles „nicht schnell genug“. Und sie erklären, daß es mit dem Zahlen und der mühevollen Kleinarbeit in der Organisation nicht gemacht sei. Los, drauf und dran, so müsse die Parole heißen. Bei einem beabsichtigten Streit erit zu überlegen, ob es wohl gehen mag, und dann vielleicht vor der Kühne Tat zurückzuschrecken, weil vielleicht die Konjunktur nicht günstig genug oder gar, weil ein großer Teil der Arbeiter noch nicht organisiert ist, das sei Dummmheit und Feigheit. Man müsse eben den Stier bei den Hörnern packen und festen Griffes auf das Ziel losmarzipieren! Dann werde der Kapitalismus auch zu Boden gedrückt und der schönste Sieg sei für die Arbeiterschaft mit einem Schlag errungen. So müsse es gemacht werden. Aber die

heutige Tattit sei total falsch und wirke nur einschläfernd. Mit ihr habe man bisher so gut wie gar nichts erreicht.

So reden sich manche Arbeiter in ein vermeintliches Geldentum hinein, begnügen sich an billigen Schlagwörtern und Phrasen, denn das kostet weder Mut noch sonst etwas. Und Ihr Geldentum in die Praxis umgesetzt, würde sich höchstens zu einem zwecklosen und ebendann schädlichen Märtyrerium gestalten. Wie ist nun solchen bedauernsichen Erscheinungen im Arbeitersleben entgegenzutreten? Gewiss die Wege des für unsre heilige Arbeiterschaft Wirkenden sind mühsam und vorneblos. Und mit diesen Voreilesergebnissen hat jeder in der Arbeiterbewegung Ecken zu rechnen. Sie resultieren aus der verlorenen Erziehung, die der Vater Staat in recht zielbewusster Weise dem Proletariervolk von klein auf angedeihen läßt. Und das allgemeine Streben nach wirklicher Volksbildung wird dazu führen, daß in späteren Zeiten solche üblen Dinge in der Arbeiterbewegung verschwinden. Damit ist uns allerdings später, aber nicht jetzt gedient. Wir müssen schon jetzt dem Uebel des Indifferenzismus auf den Leib rütteln. Und das geschieht, wenn wir vor allem danach trachten, die Abhängigkeit der ersten Abhängigkeit beschriebenen rauhbeinigen Gesellen mehr und mehr zu beginnen und sie selbst zu isolieren. Und das können wir, wenn wir überall diesen Uebertreiblau und Ich-Menschen in witzungsvoller Weise entgegentreten und sie mit den wichtigen Argumenten der modernen Arbeiterbewegung aus dem Felde schlagen.

Das ist gar nicht so schwer. Vor allem die Ansrede von „den anderen“. Hier muß man dem Zweifler sagen, daß er ja selbst „der andere“ ist, daß gerade er zu dieser Sorte Menschen gehört. Man muß ihm zeigen, daß wenn „die anderen“ nicht wollen, es wenigstens den Anfang machen und sich organisieren müsse. Dann wird dieses gute Beispiel ansteckend und anfeuernd wirken, der „anderen“ werden immer weniger werden, strotzvoll wird die Organisation blühend und gedeihend und Egoismus, Speichelleckerei und Feigheit werden immer mehr verschwinden.

Dann die „Uebertreiblau“, die erklären, daß es ohne Organisation gehe und jeder selbst seine Rechte vertreten müsse. Denen führt man den Zorn und die eijeren Notwendigkeit vor Augen. Man halte ihnen aus Schillers „Tell“ das Blatt entgegen: „Wer ein Kind ist, darf auch die Schwaden mästigen.“ Man sage hinzu, daß die Arbeit im heutigen Wirtschaftsleben die Schwaden sind und daß sie schon deshalb aufer bereit zur Macht gelangen könnten. Man halte ihnen die Statistiken im Wirtschaftsleben vor. Das sind zweifellos die Kapitalisten. Und was tun diese? Sie sätteln sich zusammen zu mächtigen Organisationen, um ihre Geldabsatzinteressen wahrhaft vertreten und die Arbeiter besser auszunutzen zu können. Und wenn schon die Kapitalisten ihre Organisierung als notwendig empfinden, um soviel mehr müssen es da die Arbeitnehmer, die hereinziehen viel schwächer als die Unternehmer sind!

Solchen Argumenten wird die Uebertreiblau unmöglich begegnen können. Und wenn er trotzdem verstoßen bleibt, seine Abhängigkeit wird zusammenzusammeln, denn sie wird die Abhängigkeit unserer Aussprüchen einfangen lassen. Auch können wir dann seine sich hinter hohlen Phrasen verborgende Unmöglichkeit feststellen, denn wenn er nun nicht die Notwendigkeit der Organisation einsehen will, dann muß man die Uebertreiblau unheilbare Freiheit vor dem „Herrn Chef“ von dem sie schließlich ob ihrer „Gutgesinntheit“ eine „Lebensstellung“ erhoffen.

Dann die „Spaer“, Leute, die glauben, sich besser zu stehen, wenn sie den Verbandsbeitrag auf die hohe Kante legen. O wie schon sie doch rechnen können! Sie wissen sogar, zählmäßig nach, wann der Zeitpunkt gekommen sein wird, an dem sie sich von den erwarteten Verbandsbeiträgen sogar ein Haus bauen können. In der Regel wirds aber ein Autenthaus. Ihr Zorn, euer Verband ist erste beste Sparsaie! Und wenn ihr durch den Verband auch nur vielleicht 5 Prozent am Kostenabhang vom Unternehmer herabsetzt, der auf diese Weise erhöhte Kosten wiederum wiegt schon doppelt und dreifach euren wohntümlichen Beitragsbeitrag auf! Aber das gehen diese Rechenkünste nicht. Sie hatten nur mir jamaiziert auf den vermaledeiten Verbandsbeitrag. Und doch trägt ihnen dieser bei richtig Anwendung zehn- und zwanzigfachige Frucht, obwohl sie auch dabei nicht zum Hausherrn aufsteigen, wohl aber in die Lage versetzt werden, sich und ihre Familien unständiger durch die Welt zu bringen.

Aus zu den Revolutionären. Wir seien dieses Wort in Revolutionärer, denn hinter diesem zur Schau getragenen Revolutionärscheit verbirgt sich in allen Fällen entweder tatenlose, unbedeutendes Phrasentum oder der Auspuff einer irregelmäßigen Streicherbirne. Diese Leute muß vor allem wenn sie zur höheren Kategorie gehören gefangen werden, daß es mit der Stadteradikalität einfaßt nicht geben ist. Wer in der Welt steht, hat eben mit den realen Tatsachen zu rechnen. Und wenn man diese in Betracht zieht, dann kann jedem einleuchten, daß es beim ersten Schlag nicht so schnell gehen kann. Diese Unterkreisgruppe im Hochkarätigen Leben kann ihre Kraft durch ihre Organisation auf. Das muß der Arbeiter sogar in verstärkt in Auge, weil ihm neben seiner autoritären Einflussnahme noch überzeugt alle die gewaltigen Mittel des Staates und zur Verfügung stehen. Nur zufolge unmerkbares Agitationsarbeit

lann uns unserem Ziele näherbringen. Wie wäre es möglich, in der heutigen Zeit schon die kapitalistische Welt mit einem Rücken aus ihren Krallen zu haben, heute, wo der größte Teil unserer eigenen Klassegenossen noch aus Unwissenheit zu den Gegnern hält, was ja vor allem die Parlamentswahlen beweisen! Nein, hier heißt es unverzüglich werben, die Massen sammeln und immer mehr Proletariat unter den Fahnen der klassenbewußten Arbeiterschaft zusammenzulehnen! Dem Wolds Kapitalismus läßt sich nur stückweise das Ergauntere und der Gesamtmenlichkeit Gewahrsam auf den Massen reißen, und auch nur, wenn das Proletariat sich zusammenfleht zu starker, fester Organisation! Nur wenn dann die Schwachen mächtig!

Mit solchen Argumenten trete man all diesen Stören einer guten und gesicherteren Organisationsentwicklung entgegen. Und wir sind überzeugt, der gesunde Sinn und das leidende Klassebewußtsein der Arbeiter wird sich immer mehr und unverzüglich der Bahn brechen. Unsere Organisationen werden wachsen mehr als bisher, und diese fäderbaren Verneiner der Organisationsmacht werden sich immer einsamer vorsommen und schließlich sich gleichfalls dem unverzüglichsten Zuge der Zeit nicht mehr entziehen können. Und nun sie es dennoch dann wird die aufgelaßte und zielgerichtete vorwärtsstrebende Arbeiterschaft diese unverzüglichen Individualen nur noch als wunderliche Käuze betrachten.

Die Arbeiterbewegung aber geht, gestützt auf ihre mächtvollen Organisationen, ihres Weges weiter. Sie erfüllt ihre geschichtliche Mission, die Befreiung des Proletariats aus den Banden der Sklaverei und des Kapitalismus. Und sie geht auf dieser soliden Bahn über diese Hemmer ihres Fortschritts mit heiterem Lachen zur Tagesordnung über...

Der Kampf in Plauen i. B.

Bundesvorstand Emil Siegert-Leipzig als Streikbrecher rast.

Wie bekannt, sind seit dem 28. November sämtliche organisierte Brauereiarbeiter der Brauerei W. H. Hammer in Plauen im Vogtland wegen Misshandlung organisierter Arbeiter in den Ausschank getreten. Herr Hammer und sein Braumeister Lang bezeichneten die Kollegen aus dem Verband als quälerisch, von einigen wurde der Anspruch sogar unter schriftlichem Beweis verlangt. Diese menschenentwertende Zumutung konnte nicht anders als durch Kampf beantwortet werden.

Haben Siegert gelüstet nun nach neuen Vorbereren, er mögte (nach eigenem beobachtbarem Auspruch) in Plauen gegen einen Werkzeugen und da es auf geradem Wege nicht geht, so kam ihm der Kampf bei W. H. Hammer gerade recht. Er gründete eine eigene Gesellschaft von auswärtigen Streikbrechern nach Plauen, und es hätte sich so jähn damit der Streikbrecher nach Plauen, und es hätte sich so jähn damit der Grund zu einem Verein legen lassen. Die Brauerei H. H. Hammer, geboren am 20. November 1883 zu Engelsberg, zuletzt in Stein, und Arno Heinrich, geboren am 6. Juni 1881 zu Eppach bei Görlitz, zuletzt in Eilenburg, wurden von Siegert nach Plauen geschickt. Lange haben sie sich in diesem Elendsdorf nicht aufgehalten, denn die militärische Behandlung des Oberbürgermeister wurde auch ihnen zu dummkopf. Kurz, eines Tages brach unter den Arbeitsswilligen Kollegen aus und vier Streikbrecher traten in den Streik ein. Zwei davon wurden nochmals zum Streikbrecher und nahmen die Arbeit wieder auf, während Paulus und Heinrich in das Streiklager gingen und dort ihre Erfahrungen in nicht gerade hoffnungsvoller Weise für die Brauerei zum besten gaben. Da die beiden nun auch nicht besonders bei Kasse waren, so wurden sie vom Verband mit Gehaltsförderung und Herrn Siegert wieder nach Leipzig geschickt.

Jeder aufständische Mensch wird sie voll Stolz von einer solchen unanständiger Handlungswise anwenden. Arbeitern, die um ihre heiligste Rechte kämpfen, durch Streikbrecherfestigung in den Knüppeln zu halten, ist gemein und widerwärtig. Wie man nach solchen Handlungen noch davon reden kann, daß man die Interessen der Arbeitnehmer vertrete?

Siegert kann nicht sagen, daß er nicht gewußt habe, daß in Plauen ein Kampf mit der Brauerei W. H. Hammer ausgebrochen sei, er ist während dieser Zeit selbst in Plauen gewesen. Jedem nochmigermachen auf Menschen zu beruhende haltende Bundesgesetz muß über solche Entwickeltheit ihres Vorstellenden die Sanktote in Geist setzen, und mit Abzügen müssen sie sich von einer solchen Verfehlung abwenden.

Als Streikbrecher figurierten bei Hammer ferner noch die Brauer Anton Reichenberger, geboren am 26. Juni 1888 zu Karlsruhe, Johann Bodo Geiß, geboren am 22. Juni 1887 zu Koblenz, der Arbeiter Georg Schmelzer, geboren am 3. Februar 1889 zu Ingelheim, deputiert in quis Augsburg geboren worden, desselben Jahr Schwager Schmid, Augsburg, als Schutzpatron desselben, jenes Herrn Hammer überhaupt nicht dem „Bund der Arbeitsswilligen“ und „Arbeiter und Streikbrecher“ als erzieherisches Feld für Streikbrecherfestigungen zu sein.

Zag Herr Hammer es unberachtet, wenn die Arbeiterschaft die Produkte meide, die von Streikbrechern hergestellt werden, be-

wießt er am besten dadurch, daß er zum Hadi lief und den Vertretern der Arbeiterschaft nächstliegende „einstweilige Verfügung“ durch das Landgericht Plauen zu stellen ließ:

In Sachen der Firma Brauerei W. H. Hammer, G. m. b. H., Plauen, Antragstellerin, vertreten durch die Rechtsanwälte Justizrat Dr. Schumann und Dr. Nitsch in Plauen, i. B., gegen

1. den Schriftleiter des „Sächsischen Volksblattes“ Leopold Wreszner in Zwickau, Rosenstraße 16,
2. den Verband der Brauerei- und Wirtschaftsarbeiter und verwandter Berufsgruppen, - vertreten durch seinen Vorstand W. Ebel in Berlin, D. 27, Schillerstraße 64,
3. den Gauleiter C. Stöcklein in Leipzig-Schleußig, Blümlerstraße 5, 2,
4. das Gewerkschaftskartell zu Plauen, - vertreten durch seinen Vorstand Karl Rante in Plauen, Oelsnitzerstraße 46, Antragsgegner.

wird unter Zurückweisung des weitergehenden Antrags der oben genannten Firma den Antragsgegner unter 1, 3 und 4 im Wege einstweiliger Verfügung unter Androhung einer Strafe bis zu 1500 Mk. für jeden Zu widerhandlungsfall verboten, in Wort und Schrift dritte Personen, insbesondere die organisierte Arbeiterschaft, aufzufordern, den Genuss der Biere der Antragsstellerin zu unterlassen.

Die Antragsstellerin hat glaubhaft gemacht, daß 1. der Antragsgegner unter 1, als verantwortlicher Leiter des auch im Bezirk des Landgerichts Plauen verbreiteten „Sächsischen Volksblattes“ in dessen Nummer 271 vom 29. November 1910 (1. Beilage), 274 vom 20. November 1910 (1. Beilage), 276 vom 21. November 1910 (1. Beilage) und 277 vom 21. November 1910 (Antritt des Kopfblattes), 2. der Antragsgegner unter 3 in einer am 21. November 1910 im „Schillergarten“ zu Plauen tagenden öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, 3. der Antragsgegner unter 4 durch Mitunterzeichnung eines mit „Der Stiefel der Brauereiarbeiter in der Brauerei W. H. Hammer in Plauen“ überzeichneten, in Plauen verbreiteten Flugblattes dritte Personen, insbesondere die organisierten Arbeiter Plauens aufgefordert hatten, den Genuss der Biere der Antragsstellerin zu unterlassen.

Da die Vergleichung zu diesem Vorgehen nach der glaubhaften Darstellung der Antragsstellerin lediglich die Entstossung dreier dem unter 2 erwähnten Verband angehöriger Arbeitnehmer ist, der der Antragsstellerin durch die erwähnte Aufruforderung drohende Nachst - vergl. die zahltreichen, im Flugblatt bezeichneten Wirtschaften, die Biere der Antragsstellerin führen - hierzu in keinem Verhältnis steht, so ist die gegen die Antragsgegner unter 1, 3, 4 erbetene einstweilige Verfügung nach § 828 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und §§ 22, 240 der Bildungsordnung an erlassen.

Dagegen ist der Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen den Antragsgegner unter 2 anzusehen, da der Umstand, daß der Antragsgegner unter 3 Gauleiter des Verbandes unter 2 ist und die von der Antragsstellerin entlassenen Arbeiter diesem Verband angehören, keinen hinreichenden Gehalt dafür bieten, daß die Aufruforderung, den Genuss der Biere der Antragsstellerin zu unterlassen, auch von dem Verband unter 2 ausgegangen ist.

Über die Kosten dieser einstweiligen Verfügung ergibt auf Zeit noch keine Entscheidung.

Hanisch. Dr. Meier. Dr. Geyer.

Ausgefertigt am 12. Dezember 1910.

Herr Hammer glaubt, durch diesen Maßstab der Arbeiterschaft seine Produkte wieder schmackhaft zu machen. Weit gefehlt, Herr Hammer! Nicht nur die organisierte Arbeiterschaft braucht heute keine Aufruforderung mehr, um zu wissen, wie sie sich zu verhalten hat, auch ein großer Teil des Bürgertums wendet sich von seinem Bier ab.

Nur zu weiter, Herr Hammer, trug Augsburg, Bundes-Siegert und einflußreiche Verfügungen wird geführt, bis auch bei W. H. Hammer die geschickig gewährte Rechte den Arbeitern unbedingt augestanden werden.

Kollegen! Klart alleror! Eure Mitarbeiter auf, damit niemand Stellung bei W. H. Hammer in Plauen im Vogtland an nimmt, hingegen ist streng zu verhindern!

Bewegung im Berufe,

Lohnbewegungen. - Tarifverträge. - Differenzen.

7 Zugang ist herzustellen nach Oldenburg (Brauerei Hoyer), Düsseldorf (Brennerei Dünnebauer), Dresden (Plauenscher Lagerkeller), Dingolfing (Brauerei Gräfinreiter), Warburg (Brauerei Hoyer), Gießen (Brauerei Derninghoff), Alzey (Kreisbrauerei, Brauerei Ulrich), Plauen, i. B. (Brauerei Hammer), Langenthal (Malzfabrik), Nordhausen (Malzfabrik Schmidt & Schulz), Frankenthal (Malzfabrik) und Gelsenkirchen (Brauerei Glückauf).

Riederkunst ihr Bett verlassen, um den Saugling zu bejagen, die Haushalte wieder aufzunehmen. Denn wie reicht das schmale Einkommen des Mannes dazu eine Versorgung auszustellen. Sie muß den kleinen umzutragen, ihn anziehen, anziehen, nach lachen und rufen, bevor die Gebärmutter ihn gehörig aufzubilden hat, oft schon in den ältesten Tagen des Wochenbettes.

Wie wird eine wirkliche Frauenerziehung möglich sein, solange die Frau noch so sehr unter der Last der Geburten leidet. Erst wenn die Frau von ihrer Gebärerin der Gebärmutter emanzipiert wird, so überhaupt emanzipieren. Deshalb soll gerade die Frau sich energisch wehren gegen einen zu verzögerten Kindersegen, und hat man jetzt passend die Mittel gegen denselben als Frauenthus bezeichnet. Zu verzögerten Kindersegen ist das größte Hindernis für die persönliche Verbesserung und die reale Entwicklung des Weibes. Gestig und förmlich richten zu viele Geburten die Frau aufgrund, machen sie zu einem tiefschläfernden Weibe, einem Menschen zweiter Ordnung. Und wie grausam geplagt ist sie nicht auch mit den Kindern auf Jahre hinaus, wie deprimiert muss da ihr Horizont werden in dem steilen Sommer, in Sommer und Sorge um das allerschwerste körperliche Wohlsein! Wie soll sie da der Frauenerziehung, dem Sozialismus sich anschließen, auch nur den Beistand des Mannes bekräftigen, um den Horizont der Familie der Menschen und von dieser wird die andere Seite erzielen! Arme Kinder, arme Mütter!

So spricht ein erzieherischer Sozialpolitiker, ein alter Parteidienstler, ein erfahrener Sozialpolitiker, ein alter Parteidienstler zum Selbstbewußtsein erwachsenen Arbeiterschaft! Ihnen liegt es außer ab, die Schule mit unzähliger Sorg, wogegen gelb, kommt eine vorzeitige Ereignung. Nur in jüngster kommen all die Eltern und Geschwister zusammen, um jüngster vermindernd die Geburten zu empfehlen. Und mit diesen Erfahrungen geht einheitlich eine unzählige Pfeilschärfung gegen alle möglichen Krebsarten von Sozialismus und Sozialreform bis zur Sanguinose. Dem der gewaltige Preis vermag sich nicht mehr zu wehren gegen die Sozialreform. So geht es der großen Mehrzahl der Sozialreformen, Schmiede, als bei ihren Erfahrungen der sozialen Elternschaft eine Schande verpflichtet ihnen Jugend und Gesundheit in Sumpf. Das gleiche geht es ihrem Heim und Gemüte, das Gehirn wird zittern, jüngster gewinnt und ausgeweitet, das Herz quer in der Brust offenbart, sodann aber im Geiste und Gemüte.

Der Vertrag der Schrift: „Kindersegen und kein Ende“ von Dr. Dr. Brünnacher, G. Art. u. Co. in B. H. in München, hat zu einer erstaunlichen Wiederholung für die Arbeiterschaftorganisationen eine billige Ausgabe veranlaßt, die mit direkt vom Verlage in Farben bei 100 Pfennig an zu beziehen ist.

Kollegen! Achet auf das Malz aus.
Langensalza (Malzfabrik Biegelhof und Thüringer Malzfabrik);
Werdhausen (Malzfabrik Schmidt & Sohn) und
Frankenthal.

Brauereien.

† Elberfeld-Barmen. Am 4. Dezember sprach in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung Kollege Ebel über die beendigte Tarifverhandlung und den Bezirkstarif. Im weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit dem Verhalten der Brauereien zur Streikstellung der streikenden Kollegen. Die Kollegen von Bergschloß-Elberfeld und Woh-Barmen sind bekanntlich zwecks Förderung der Tarifverhandlungen am 17. September in den Streik getreten. Nach 14 tägigem Streik, als der Vortrittschubverband entsprechende Fristen gemacht und die Brauereien sich verpflichtet hatten, die Streikenden, die nicht sofort die Arbeit aufnehmen können, so bald wie möglich und in erster Linie wieder einzustellen, wurde der Kampf beendet. Über die Abmachungen, daß die Brauereien von Elberfeld-Barmen bei Batare keine andere einstellen dürfen, solange noch von den Streikenden welche da sind, wurde von den Brauereien nicht eingehalten. Es scheint als ob man den Arbeitern die Nebenzugung hinspringen will, daß man dem Unternehmer nichts mehr glauben darf. In der Brauerei H. u. O. Geisenberg ist ein Wälzer und in der Brauerei Wenne und fünf Mann während dieser Zeit eingestellt worden. Andererseits halten die beiden bestreiten Brauereien die Arbeitswilligen entgegen ihrer sonstigen "Ordnung" fest. Die Arbeitswilligen in Bergschloß und bei Woh verprügeln sich, aber obwohl in der Arbeitsordnung steht, daß ohne weiteres Entlassung erfolgt, wenn zwei sich schlagen, werden die arbeitswilligen Prügler nicht entlassen, was man bei Organisierten sofort tut. Hier drückt man beide Augen zu. Herr Woh hat sogar die zwei Kämpfenden selbst auseinander gebracht, aber sie arbeiten weiter. Im genannten Betrieb hat auch der arbeitswillige Maschinist durch Nebenspeisung des Kessels bis zum Nebelaufen diesen fast in die Lust getrieben; dieses wäre auch passiert, wäre nicht ein Kollege von uns zufällig dazu gekommen. Als Herr Woh davon benachrichtigt wurde, erklärte er einfach: Lassen Sie diese Quasselerei sein, das geht Ihnen nichts an. Wir protestieren ganz entschieden gegen diese Ansicht; es handelt sich um Gesundheit und Leben der Mitarbeiter, die sich nicht gegen den Arbeitswilligen des Herrn Woh in die Luft sprengen lassen wollen. Ihnen geht die Schlägerei des Arbeitswilligen mehr an als Herrn Woh, und wenn ein Unglück passieren sollte, dann werden wir Herrn Woh für die Tat seines Arbeitswilligen vorantwortlich machen. Ledrigens dürfte es zum Schutz der Arbeiter geraten sein, die notwendigen Schritte bei der entsprechenden Behörde einzuleiten. Über das zeigt, wie besorgt die Herren sind, nur ja keinen von den Streikenden im Betriebe zu bekommen.

In der Diskussion wurde verlangt, energisch auf die Einhaltung der mit den Brauereien getroffenen Abmachungen zu dringen und alles aufzubieten, damit die Aussändigen sobald wie möglich unterkommen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heutige öffentliche Versammlung der Brauereiarbeiter von Elberfeld-Barmen und Umgegend nimmt Kenntnis von der Stellungnahme der Brauereien zur Wiedereinstellung der noch Streikenden. Sie verurteilt auf das entschiedenste die Verzögerung der Einstellung und erfordert, daß sie gewillt ist, alles daran zu setzen, daß entsprechend den Abmachungen die Wiedereinstellung der noch Aussändigen endlich in kürzester Zeit erfolgt.

† Gelsenkirchen. Streit. Am 18. Dezember wurden die organisierten Kollegen der Brauerei "Glückauf" gewaltsam, in den Zustand zu treten.

Am 1. Oktober lief der alte Tarif ab. Schon vor Ablauf des Tarifs versuchten die Organisationsvertreter eine Verhandlung herbeizuführen, aber vergebens. Die Direktion vertrieb dieselben an den Vortrittschubverband, der auch die Tarifangelegenheit der "Glückauf" Brauerei regeln sollte. Bei der allgemeinen Lohnverhandlung in Rheinland-Westfalen war aber nichts dabei zu merken, deshalb wurde am 1. Oktober von der Arbeitermehrheit der Brauerei eine Kommission beauftragt, bei der Direktion vertraglich zu werden, wie sie sich eigentlich zum Abschluß eines Tarifvertrages stellt. Die Antwort der Direktion war nicht befriedigend, doch gab sie das Versprechen, daß zu befehligen, was die rheinisch-westfälischen Brauereien bewilligen, die Arbeiter sollen keinen Schaden haben, es werde ihnen alles nachbezahlt.

Mittlerweile wurde am 22. November der Bezirkstarif für Rheinland-Westfalen abgeschlossen, der den Arbeitern eine Lohnzulage von 2,50 Mt. plus 5,50 Mt. brachte. Nun versuchten auch die Organisationsvertreter die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf der "Glückauf" Brauerei ihrem Ende zu zuführen. Wer auf das Versprechen einzufügen, verlangte die Direktion jetzt der Gruppe Dortmund, Bochum oder Essen zugestellt zu werden. Dadurch würden einzelne Kategorien mit über um 1,50 Mt. bis 2 Mt. schlechter stellen gegenüber den heutigen Bezahlnahmen. Das könnten die Organisationsvertreter der Arbeitermehrheit gegenüber nicht verantworten: Wenn von über 100 Brauereien im rheinisch-westfälischen Industriegebiet eine Lohnzulage und Arbeitszeitverkürzung vorgenommen wird, das dann mit der "Glückauf" Brauerei mit ihrer berühmten "Arbeitstreue und Loyalität" eine Ausnahme gemacht werden soll. Noch am 13. Dezember morgens vertraten die Kollegen der Brauerei bei dem Braumeister eine Verhandlung herbeizuführen, er ließ sich nicht sprechen, sondern wies sie von der Brauerei mit der Worte: "Meine Herren, ich mache Sie auf den Streit aufmerksam, verlassen Sie alle die Brauerei!"

Durch dieses propositende Vorgehen des Braumeisters war die Arbeiterschaft gewaltsam die Brauerei zu verlassen, ob es wollte oder nicht. Der Propositus des Braumeisters ließ die Direktion eine gleichwertige Tarif hinzu: sofort wurde der vertraglich getatete Willen der Wohlung zum 31. Dezember bestätigt. Da zeigte sich die "Glückauf" Brauerei in ihrer ganzen Arbeitstreue und noch mehr: Deutlich, die Särtung am Streit beteiligt sind, die vor dem Ausstand schon immer Frank waren, hat man auch gestündigt.

Nun berichtet die Brauerei durch tönsche Veröffentlichungen in der Presse die Öffentlichkeit zu laufen, um die Särtungen auf den Ausstand zu richten. Hatte die Direktion die Lohn- und die Verkürzung der Arbeitszeit befürwortet, wie sie jetzt denkt, dann hätte es nicht zum Ausstand kommen. Sie wollte es aber durch die Heimkehrung des Braumeisters keinerlei an einer Strafandrohung kommen lassen. Zum Ausgang der Direktion kam am Ende des Tages auch noch der Geschäftsrat der Brauerei vom verhältnismäßig Jahr. Danach hat die Brauerei trotz großer Abschreibungen in Höhe von 149.605 Mt. noch einen Steingewinn von 205.246 Mt. An Süßwaren sollen 3 Proz. verteilt werden. Also jetzt einzelne Arbeiter hat der Brauerei einen Steingewinn von 4000 Mt. gebracht, die 2,50 Mt. Lohnzulage will die Direktion aber nicht bezahlen.

Über die Situation ist zu berichten, daß Polizei und Genossen in der in der Größe von sechs Mann recht qualifiziert und eine große Menge Neugieriger antritt. Die Sicherheitsbehörde ist auf die erstaunliche Menge Wissenswürdigkeiten in die Brauerei zu bringen; bis jetzt ohne großen Erfolg. Es erwartet aber auch bald den Eintritt, als ob man auf einen kleinen Fußschuß vorbereitet wäre. Die Polizei ist mit Bedenken, die Sicherheitswache mit Gewehren ausgerüstet; ein dummer Junge braucht einen Jüngling zu tragen, und die Sauberung die Aufrechterhaltung der Ordnung kann losgehen. Richtig ist jetzt, es muß alles nichts, die Streikenden lassen sich nicht provozieren, Freibare eumutig erkläre, sich gegen beläuders fortsetzt zu verhalten.

Von den Arbeitswilligen ist schon am Samstag einer von der Brauerei weg verhaftet worden. Aus fester Stellung zum Streikverbot geworden sind der Brauer Popp, zuletzt Kronenbrauerei Dortmund, und Johann Brügel, zuletzt in Werdhausen.

Kollegen, haltet den Zugang fern und schützt auch auf das Bier der "Glückauf"-Brauerei.

† Witten. Eine gutbesuchte Versammlung am 11. Dezember beschäftigte sich mit dem Tarifvertrag und der Haltung der Arbeitgeber im Bahnhofsbetrieb Witten. Der Vorsteher berichtete, daß die Lohnkommission in allen vier Brauereien vorstellig geworden, diese erklärt, wenn sich eine Mehrheit bei den Arbeitern findet, wollen sie ihn einführen. Langenau steht versteckt sich schläferweise auf den Bochumer Tarif. Die Brauerei Dönnhoffengeldanz, wo die Mehrheit für den Tarif stimmte, weigert sich ebenfalls, den Tarif einzuführen, besonders will sie den Befahrern den Lohn nicht zahlen, wie im Tarif festgelegt ist. Die Brauerei Brinkmann Herbede ist ebenfalls anfangs bereit war, den Lohn nach dem Dortmunder Tarif zu zahlen, versteckt sich ebenfalls, scharf gemacht durch den Vortrittschubverband, auf den Bochumer Tarif, trotzdem bisher nach Dortmunder Tarif bezahlt wurde; das würde eine Verschlechterung statt Verbesserung bedeuten. Die Wittenauer Kronenbrauerei will mal erst am 28. Dezember den Aufsichtsrat darüber sprechen. Zu bemerkern ist, daß in diesem Betrieb die Kollegen zu den niedrigsten Löhnen arbeiten. Die Betriebsleitung hoffte zur Genüge, daß auch sie dazu gehört und den Arbeitern Rechnung tragen müsse.

Kollege Brülling erklärte, daß unter keinen Umständen wir auf das Unsinnen des Vortrittschubverbandes eingehen werden;

daß Gewerkschaftskartei wird sich weiter damit beschäftigen. Nach

erfolgter Diskussion, die sich zu einer lebhaften Protestkundgebung gegen das Unsinnen des Vortrittschubverbandes gestaltete, wurde

folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die gutbesuchte Versammlung nimmt Kenntnis von der Haltung der Brauereien zu dem abgeschlossenen Tarifvertrag. Sie erklärt das Unsinne des Vortrittschubverbandes, daß eine Verschlechterung anstatt Verbesserung bedeutet, für unannehmbar und beauftragt die Lohnkommission, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um bald die Sache zur Zufriedenheit der Arbeiter zu erledigen."

erner entwickelte der Referent den Plan der zukünftigen Agitation und ermahnte die Anwesenden, nicht die Agitationen, nicht einem einzelnen zu überlassen, sondern alle müssen eifrig agitatorisch tätig sein. Nur wenn in diesem Sinne gearbeitet wird, kann die Zahlstelle Witten die Arbeiterinteressen wirklich und wirksam vertreten.

Malzfabriken.

† Frankenthal. Streit. In drei Malzfabriken haben die Kollegen wegen Tarifforderungen die Arbeit eingestellt. Zugang ist fernzuhalten!

† Nordhausen. Streit. In der Malzfabrik Schmidt & Sohn haben die Kollegen die Arbeit niebergelegt, weil die Firma als Antwort auf den eingereichten Tarifentwurf zwei

Stollegen maßregelt. Zugang ist fernzuhalten.

Korrespondenzen.

Berlin. Die am 11. Dezember bei Baeker stattgefundenen Versammlung beschäftigte sich mit der bevorstehenden Wahl des Kuratoriums und Aufstellung der Kandidaten. Der Kollege Fröder als Referent ging ausführlich auf die Tüchtigkeit des Kuratoriums in der abgelaufenen Periode ein, schilderte an der Hand des vorliegenden Geschäftsjahres des Arbeitsnachweises die vorgenommenen Änderungen einzelner Paragraphen des Statuts, wodurch für die Arbeitslosen erhebliche Vorteile erzielt wurden und gibt dann bekannt, daß es gelungen sei, zu erreichen, daß für künftige Wahlen Angestellte der Organisation als Kandidaten aufgestellt werden können. Unsere Bemühungen, den befreibenden Arbeitsnachweis in einem wirklich paritätischen Arbeitsnachweis für das Brüdergewerbe Groß-Berlins umzugehen, indem wir dann allerdings auch die Kosten mit zu übernehmen hätten, sollen fortgesetzt werden.

Die Diskussion bewegte sich in austimmendem Sinne. Zu Kandidaten des Kuratoriums, welche gleichzeitig Mitglieder des Gütekundungssatzes sind, wurden nominiert: die Staatenkollegen Fröder, Schröder, Kursig und Person, zu Erfragten die Kollegen Jungkans, Großfuß, Thaler, Wettig, Schmidt, Knappe, Schulze und Paulska.

Einem Antrage des Vorstandes und der Vertrauensleute, unserer arbeitslosen Kollegen auch in diesem Jahre eine Weihnachtsfreude zu bereiten, wird angehört, ebenso dem Antrage, zu diesem Zwecke Sammelkarten auszugeben. Zum Schluss wird Boddapp eindringlich auf die Pflicht der Kollegen hin, sich vollständig an der Kuratoriumswahl zu beteiligen.

Berlin. In der Nr. 48 unserer Zeitung brachten wir unter der Überschrift: "Unbedeutender Wettbewerb" eine Notiz, welche sich in der Hauptseite mit dem Namen der im Kartell zusammengefügten Organisationen beschäftigte. Der Name des Kartells ist nunmehr geändert, das heißt jetzt: "Kartell der in den Brauereien vertretenen Transportarbeiter- und Handwerkerorganisationen". In Berufs der Notiz wurde uns mitgeteilt, daß sich das Kartell durch diese befriedigt fühlt. Wir erklären dazu, daß es uns freigegangen ist, irgend jemand zu beleidigen, und bedauern daher die von uns nicht gewollte Wirkung der Notiz.

Düsseldorf. In einer kurz berüchteten öffentlichen Versammlung sprach Hauptvertreter Ebel-Berlin über das Thema: Beiträgeungen über die technische Tarifverhandlung und der abgeschlossene Bezirkstarif. Meistner behandelte zunächst die Begründung des jetzigen Tarifabschlusses, ohne welche eine richtige Würdigung desselben nicht möglich sei. Der Vortrittschubverband rheinisch-westfälischer Brauereien wurde nicht nur zur Abwehr von Vortrittsgründen, sondern damit in Verbindung mit Unterdrückung der Brauereiarbeiterorganisation. Es war erklärter Gegner der Tarifverträge. Der Buns-Denius Brauergesellen wurde von den Unternehmern finanziell unterstützt und in jeder Beziehung protegiert, um ihm gegen die freie Organisation der Brauereiarbeiter zu geheimer Art auszu spielen. Nachdem die Organisation der Unternehmer zusammengestellt hatte, glaubte man die richtige Zeit zur Vernichtung der Brauereiarbeiterorganisation und des Tarifgedankens gefunden. Der Kampf von 1905 wurde provoziert und als Anlaß zur Ausrottung genommen. Der Kampf wurde nicht erreicht; die Organisation musste und kann im nächsten Jahr wieder der Vortrittschubverband Partei mit ungünstiger Organisation abtreten und dann auch sogar in Dortmund, der Hochburg der Schatzmeister und Bündnisfeinden, einen der Dortmunder Tarif der schlechten war, den der Verband je abgeschlossen hat, bedeutete er doch eine weitere Durchsetzung des Prinzips des Vortrittsstarifas. Nun kam er auf den Gedanken des Bezirkstarifas, und mit den schlechter gestellten Orten die ändern werden zu können. Die Lohnverhandlung im östlichen Westfalen in diesem Sommer sollte das Vorbild sein; die Unternehmen wurden von Bündnisfeinden zurückgehalten, sie holten sich aber eine Riedlerrede. Bei der Tarifverhandlung im Industriebezirk erhoffte der Vortrittschubverband Vorteile von der Besplitterung der Arbeiter. Das wurde ihm verehrt, und so kam es denn, daß langwierige Verhandlungen trotz aller Bemühungen und Gutestreitungen zum Tarifabschluß, der alles in allem einen gewöhnlichen Tarifabschluß bedeutet. In den Kollegen liegt es nun, in den vier Jahren der Vertragsdauer die Organisation so auszubauen, daß dann den Unternehmern eine einzige gesetzliche Arbeiterschaft zur Erfüllung weiterer Forderungen begegnen wird.

Zur Diskussion wurde Kollege Frank aus Witten eingezogen, der die Befreiung der Brauereiarbeiterorganisation bestimmt. Nachdem Genosse Born zur vollzähligen Beteiligung

an der Gewerkegebertschaftswahl aufgerufen, verlängerte und erhielt außer der Tagessordnung noch ein Verhöre der christlichen Organisation, Boudwin, zum ersten Punkt des Wortes. Er drohte die gelernten und bekannten Münchner Brauerei über Klassempfänger, Antireligiosität, und besonders die materialistische Weltanschauung, zitierte er wohl ein Dutzend mal. Kollege Ebel warf er Weitsicht vor, weil er gesagt hatte, daß die Religion mit dem gewerkschaftlichen Kampf nichts zu tun habe. Der Mann schien es nicht zu begreifen, daß es mehr als leichtfertig war, als er das tat, was er Ebel zum Vorwurf machte. Eine saubere Sache, "Christen", welche die Religion überall hineinziehen. Daß diese Brauereibesitzer bei den Brauereiarbeitern keinen Anhang finden, durften sie doch wohl schon wissen.

Ebel zeigte dann in seinem Schildwort, wie die christlichen Arbeiter von ihren Vertretern und Führern betrogen werden. Die christlichen Arbeiter leben wohl jeden Tag: "Unser täglich Brot gib uns heute", aber ihre Vertreter im Reichstage verteuern ihnen ihr großes Brot nach oben und nehmen ihnen das, was sie in höheren Kämpfen an Lohn erhöhung errungen haben, mit einem Federstrich wieder fort. Für diese Christlichkeit danken wir.

Nach einer Aufrufung des Kollegen Frank, die Lehren aus der verflossenen Bewegung zu beherzigen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Niesa. Am 11. Dezember sprach in unserer Versammlung Kollege Grimm-Dresden über: "Entstehung der Tarifverträge und ihre Bedeutung". Die Ausführungen des Referenten über Aktivität und Wert eines Tarifes, ferner über die vor kurzem erzielten Tarifabschlüsse in elischen Dresdener Mühlen fanden bei den anwesenden Kollegen großes Interesse. Es darf nicht mehr sein, daß die Unternehmer mit ihren eigenen Leuten Verträge abschließen. Kollege Grimm bedauerte den schlechten Besuch der Mühlenarbeiter und ermahnte zur regen Weiterarbeit für den Verband, damit auch die Niesaer Mühlenarbeiter Fortschritte im Tarifachen zeitigten.

Wiesbaden. In der "Kronen-Brauerei" war seit Jahren der Brauer König tätig, auch in der Eigenschaft als Kellermeister. Zimmer ein sonntäglich Mitglied des Bundes deutscher Brauereigesellen, dem das Kindergarten unserer Organisation in der Kronen-Brauerei schwerer Kummer bereitete. Wie war es doch früher so schön. Nach Herzogenlust konnte man sich toll und voll trinken, um dann wie ein nasser Sack auf die Klappe hinzusinken. Die Brauereiräumlichkeiten brauchte man überhaupt das ganze Jahr nicht zu verlassen. Wozu denn auch? Die Naturschönheiten Wiesbadens zu genießen und sich daran zu erfreuen, so weit ging das Bedürfnis eines "zünftigen" Brauerei vom Schlag König nicht. Doch hatt' ein einziges Mal im Jahre muhle man doch hinaus, wann ein europäischer oder asiatischer Potentat von Gottes Gnaden nach Wiesbaden kam, dann ging die reichstreue Männerbrust auf wie ein Feuerfloss und mit kräftigem "Hurra" schaffte man seinem patriotischen Empfinden Lust. Nun kamen die bösen "Moten" und zerstörten dieses Idyll. Und wie grausam! Auch der Hausturm wurde abgelöst. Um einmal mit der Mainzer reichsten Bundesgesellen zu reden: "Nase alles und ererbtes Recht des Hausturms" wurde genommen und das Quantum für einen Bruder auf 6 Liter festgelegt. Dann soll ein Cambrianus König nicht. Doch hatt' ein einziges Mal im Jahre muhle man doch hinaus, wann ein europäischer oder asiatischer Potentat von Gottes Gnaden nach Wiesbaden kam, dann ging die reichstreue Männerbrust auf wie ein Feuerfloss und mit kräftigem "Hurra" schaffte man seinem patriotischen Empfinden Lust. Nun kamen die bösen "Moten" und zerstörten dieses Idyll. Und wie grausam! Auch der Hausturm wurde abgelöst. Um einmal mit der Mainzer reichsten Bundesgesellen zu reden: "Nase alles und ererbtes Recht des Hausturms" wurde genommen und das Quantum für einen Bruder auf 6 Liter festgelegt. Dann soll ein Cambrianus König nicht. Nur sind die weiteren Tätigkeiten des Königs. Nur muß er schon wo anders den reichstreuen Verbandsfreunden spielen.

Mühlenarbeiter.

Landshut. In der Nähe von Graingers Blaue werden die Arbeiter nicht wie Menschen behandelt. Vor einem Jahre ist dort auch ein schwerer Unfall passiert. Ein Müllerbruder, der 24 Stunden hintereinander gearbeitet hatte, und nach 12 Stunden Pause wieder mit der Arbeit begann, mußte einen Transmissionszahn auf die laufenden Mähnen auslegen, an denen jede Schuhverrichtung fehlt. Der Arbeiter war gezwungen, auf einen Vorgrinder zu steigen. Ein schwaches Brett, das schon jahrelang durchgesetzt war, wurde nur mit einem Messer abgedeckt. Zu dem Augenblick, in dem der Arbeiter den Knochen aufstiegen wollte, trat er in das Loch. Der Arbeiter erfaßte ihn. Der Arbeiter wurde über die Transmission geschleudert und gräßlich angerichtet. Der Oberarm wurde vom Arme abgeschnitten und der Unterarm vollständig abgerissen. Der Obermüller Peter, der den Kasten gar nicht gesehen hatte, hat man dann als Zeugen berufen. Die Augenzeugen, die den Verunglückten aus seiner Lage befreiten, hat man gar nicht ausgezogen. Der Obermüller Peter hat schon nach dem Unfall ein Brett aus dem Nachboden hergeholt und das Loch abgedeckt. Der Herr Sohn der Frau Graingers hat sich keinerzeit, als einem Arbeiter durch ein Werkzeug über einen anderen weggelaufen, gedacht. Wenn der Herr Sohn das nicht nichts passiert ist, und Frau Grainger meinte gar: Der Mann hat jetzt den Arm in die Transmission gestellt, damit er nicht gefallen. Es ist schändlich, welche Zukunft in diesem Betrieb besteht. Die Arbeitsszeit beträgt 24 bis 30 Stunden. Wenn ich die Zeit beschweren will, so sagt Frau Grainger, zuerst kommt mein Ehemann, dann lange nichts und dann erneut die Arbeiter. Nehmen Sie auch in den Bereichen Mühlen zu. Dort führt der Obermüller Peter ein Argument, wie man es nur auf dem Käferenfeld findet. Die Herren von der gelben Sorte machen was sie wollen. Diese erfreuen sich auch des Käfers und Gnade des Herrn Directors. Dagegen lebt man den Organisatoren zu, wo man nur kann. Bei jeder Gelegenheit wirkt man den Leuten den Streiktag vor die Türe. Wegen Geringfügigkeiten werden die Organisatoren herausgejagt. Diesem Kreis eines rücksichtslosen Unternehmers und seiner Gehilfen kann nur eine gute Organisation entgegenstehen. Die Arbeiter konsumiert wird mit der Freude, unter der die dort beschäftigten Arbeiter leben, wenn einverstanden sein. Leider eine Reihe anderer Mühlen sind nach zu klagen. In den Vereinigten Mühlenlanden hat man auch einen Arbeiter entlassen, weil er die Dienstzeit in den Betrieb verlassen und sich kein Standort geholt hat. Dieser Mann hat nur getan, was andere auch getan haben. Der Unterarbeiter aber ist das keine Nebenbeschäftigung, gelb gefärbt sind. Der Obermüller Peter besteht es sehr wohl, die Beute nach seinem Gutachten zu behandeln. Vermöge steht es die Geschichte auf, daß dieser Peter einen Gelben etwas gewissen Scheinen erfreut, in der Öffentlichkeit jedoch nicht mehr zu sehen ist, als er vielleicht glauben mag.

Rundschau.

Der Begriff ist, falls nicht falsch bleiben." Dieser Lehrkant des Bischofs von Bamberg-Magdeburg, den denselbe in der katholischen Gemeindekammer verfasste, wird auch in der dem Bischof gehörigen Bischöflichen Schule Magdeburg praktiziert. Es war auch schon jünger in den Brauereien unter der Herrschaft des Graingers, Bischöflich Genferey. Damals im Jahre 1906, wurden neun Männer und ein Weibungsmaul aus dem Graingerhaus genommen, der Organisation wegen. Diese

Auch in diesem Sommer wurden in der jetzt dem Herrn Bischof von Hensel gehörigen Bischöfssbrauerei zwei Arbeiter ungerecht entlassen. Diese beiden Kollegen waren in der vom Betriebsrat geordneten Held so warm gehaltenen christlichen Organisation, die ja auch den Grundsatz anerkennt: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben“. Kein Wunder, daß da die christlichen Arbeitervertretäre die Entlassung nicht mehr rüdagig machen konnten. Diese beiden Kollegen kamen dann, von ihrer Organisationsvertretung verlassen, zum Kartellvorsitzenden der freien Gewerkschaften. Dieser Vertretung ist es gelungen, daß der eine Arbeiter sofort wieder anfangen konnte und für den zweiten gesorgt wurde, daß er anderwo unterkommt.

So sehen wir hier die Betätigung der christlichen Nächstenliebe in der Bischöfssbrauerei, die den Arbeiter zu Unrecht aufs Pflester setzt und ihm sein Recht nimmt und die Vertretung der Arbeiter durch die christlichen Organisationsvertreter, die nicht einmal ihre Brüder in Chemnitz zur Zurücknahme eines Unrechts bewegen können. Es entspringt dies alles der „christlichen Weltanschauung“ nach dem Grundsatz: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben.“

Unsere Kollegen wollen es sich merken, daß man durch Nächsteliege nicht erreichen kann. Eine festgelegte Organisation ist allein imstande, ihre Interessen mit Nachdruck zu vertreten, und das ist für sie der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband.

Christlich-Gesetz.

Das Ortskloster der christlichen Gewerkschaften in Stuttgart-Cannstatt lud mit Schreiben vom 25. Oktober 1910 die Arbeitgebervereinigung zur christlichen Versammlung am 5. November ein, in welcher der christliche Arbeiterssekretär Paul Krug über Arbeitgeber und christliche Gewerkschaften referierte. Zu der Einladung wird gefragt:

„In dieser Versammlung handelt es sich nicht darum, bestimmte Forderungen hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im besonderen zu vertreten. Es soll vielmehr zunächst über das Wesen und die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften gesprochen und auch die Frage ganz besonders erörtert werden, ob es nicht im Interesse der Arbeitgeber selbst liegt, wenn sie den auf dem Boden der christlich-nationalen Weltanschauung, staatsreuet und patriotischer Gesinnung stehenden Arbeitersorganisationen eine erhöhte Auflernahme schenken.“

In der angenehmen Hoffnung, Sie in unserer Versammlung begrüßen zu können, seitneit mit aller Hochachtung

Gustav Wahl, Kartellvorsitzender.

In der Versammlung referierte denn auch der christliche Arbeiterssekretär so, wie die „christlichen“ Gewerkschaften als die braben, die dem Unternehmer doch nicht wehe tun, daß mehrere Unternehmer erklärten, daß sie durchaus damit einverstanden seien, wenn die Arbeiter sich in den christlichen Gewerkschaften organisierten.

Auf diese Art finden auch die Gelben die Unterstützung der Unternehmer gegen die gefährlichen freien Gewerkschaften, allerdings auf Kosten der Arbeiter.“

Deutscher Brotöffnungsverband für Brauereien.

Nach dem Geschäftsbericht des Deutschen Brotöffnungsverbandes für Brauereien, Berichterstattung auf Gegenzeitigkeit, zu Berlin, den Herr Direktor Bellotius auf der jüngsten Generalversammlung in München am 3. Dezember eröffnet, betrug der Mitgliederbestand am 30. September 1910 Brauereien in Deutschland und der Schweiz, welche in 25 Bezirksverbänden gruppiert sind und im Geschäftsjahr 1909/10 13 879 000 Ztr. Malz verbraucht. Inzwischen sind weitere 26 Brauereien mit einem Gesamtmaßverbrauch von 175 000 Ztr. dem Verein beigetreten, außerdem ist ein neuer, 37. Bezirk verband „Niedersachsen“ gebildet worden.

An Brotöffnungsversammlungen hat der Verband im Jahre 1909/10 vorläufig am 29. Brauereien, deren Brotöffnungen nicht auf die Bierpreissteigerung anlaßlich der Brauereierhöhung zurückzuführen waren, 131 943,78 Pf. gezahlt; die Bierpreisbrotöffnungen sollen einheitlich im Herbst 1911 mit Hilfe der Umlagerungen und eines Teiles des dann vorhandenen Reservefonds finanziell reguliert werden. Diese Hinzuzeichnung der Sodanregulierung geschieht, wie der Bericht sagt, „damit eine gerechte Verteilung der verfügbaren Hilfsmittel auch hinsichtlich der später ausgetriebenen sündhaften Brotöffnungen eintrete.“

Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind 17 Brotöffnungen (darunter der Brotöffn. von 24 mitteldeutschen und 41 schwäbischen Mitgliedern) entstanden, welche auf besondere Ursachen, insbesondere auf Tarifstreitigkeiten zurückzuführen sind. Von den Bierpreisbrotöffnungen wurden bis zum Geschäftsjahr 555 Mitglieder in 27 Bezirkverbänden betroffen.

Berichtet wird ferner, daß die im Jahre 1908 eingerichteten 19 Bezirksschiedsgerichte noch bewährt und zahlreiche Streitigkeiten der Mitglieder untereinander beigelegt haben.

Anträge auf Änderung der Siedlungen lagen keine vor. Ausgewählt als Vorsitzender der Bezirksschiedsgerichte wurden: für den Bezirk Bremen Herr Graue, für Halle Herr Freyberg, für Cotta Herr Helm (Diss.), für Mittelsachsen Herr Baldus-Dillingen, für Sachsen-Herr Ballreich-Kaiserslautern.

Zur endgültigen Sitzung des Ausschusses des Brotöffnungsverbandes wurde als Vorsitzender des Aufsichtsrates wieder Herr Direktor Junke, Berlin, als Stellvertreter Herr Direktor Otto Ahrens, Hamburg, gewählt.

Der Bericht legt auch, daß der Brotöffnungsverband und insbesondere sein inneres Gepräge unerschüttert aus dem Kampfe um die Überhöhung der Brauereierhöhung hervorgegangen ist. Die Belastung der Mitglieder ist aber doch eine außerordentlich große, dafür spricht auch die Hinzuzeichnung der Sodanregulierung der Bierpreisbrotöffn. bis zum Herbst 1911, da eine gerechte Verteilung der dann verfügbaren Hilfsmittel einsetzen zu lassen. Danach sieht es so, daß der Brotöffnungsverband alle Kräfte hält, die Mitglieder, die Brotöffnungsversammlungen daran zu gewöhnen, ihre Ergebnisse nicht mehr auf Kosten der anderen Mitglieder zu belastigen.

Betriebsvereinigungen in den rheinischen Mühlen.

Die rheinischen Mühlen haben seit einiger Zeit in Verhandlungen, welche bezüglich, häufig die Erzeugung dem Seidenraum durch Betriebsvereinigungen angekommen. Eine grundsätzliche Einigung ist bereits erzielt. Auch am Niederrhein sind zwischen den Großmühlen ähnliche Verhandlungen in Gang.

Unsere Kollegen am Ober- und Niederrhein werden gut tun, mit sicherster Sorge ihre Reihen zu fördern und die Organisation zu kräftigen, so eben aus Perspektive, daß wir am Ober- und Niederrhein Betriebsvereinigungen entgegennehmen. Wir müssen deshalb auch Angst und Sorgen drücken, daß wir in Südwürttemberg die Zeit des Aussehens der Arbeitern bezieht. Hier sind die Südwürttemberger Kollegen schon sehr nach langen und erstaunlichen Diskussionen es durchgegangen, daß ihnen mehrere der Betriebsvereinigungen der Sozialen Gewerkschaften entzogen werden müssen, obwohl sie eben aus Perspektive, daß wir am Ober- und Niederrhein ebenfalls Angst und Sorgen drücken, daß wir in Südwürttemberg die Zeit des Aussehens der Arbeitern bezieht.

Arbeitsvereinigungen.

Mit einem kleinen Erfolg in den Magdeburger Brotöffnungsverbänden gehen jetzt in einigen Städten Mitglieder des Transportarbeiterverbandes bei den Brotöffnungsverbänden, um sie zum ihrem zunehmenden Verbündeten vereinigt oder ergänzt zu machen. Sie gleichen mit dem Gemeinschaftsverband einen Erfolg einer heim, die ein

für 10 Pf. gelegt hat und nun für 10 Pf. Spatzen macht. Wir bitten unsere Kollegen, derartige Bemühungen der Mitglieder des Transportarbeiterverbandes energisch zurückzuweisen. Der Transportarbeiterverband soll die Mühlenarbeiter ungeschoren lassen, er hat genug zu tun mit der Vertretung der Interessen der Transportarbeiter, weit mehr als er zu leisten vermag; dort sollte er sich bemühen. Er ist übrigens auch schon in Mühlrose und Rathenow in unsere Interessensphäre eingebrochen, indem Mitglieder von ihm den Mühlenarbeitern dort einzureden gewußt haben, daß für sie der Transportarbeiterverband zuständig sei. Glaubt der Transportarbeiterverband, daß er damit den Mühlenarbeitern, der Arbeiterbewegung und sich selbst nützt? Glauben auch die Mühlenarbeiter in Magdeburg, Mühlrose und Rathenow, daß sie besser mit dem Transportarbeiterverband fahren, der künftig auseinanderreißt, was Beruf und Betrieb vereint? Es ist feineswegs richtig, was von solchen Organisationsverbinden immer behauptet wird, die Hauptrolle sei, daß die Arbeiter, und es sei gleichzeitig, wo sie organisiert seien. Wir haben Mühlenbetriebe, wo sehr und mehr Verbände Mitglieder haben, unsere Kollegen gehen infolgedessen in sechs oder mehr verschiedene Mitgliedervertretungen und nehmen von ebenjewel Instanzen Direktiven entgegen, aber eine einzige und geschlossene Kampfgruppe werden sie dadurch nie. Zu ihrem eigenen Schaden!

Die kleinen Krauter auf dem Kriegspfad.

Die Vorgänge in Magdeburg, wo die Polizei zum Schutz der Arbeiterschaften und des Unternehmers in Funktion trat, werden von den Ausbeutern und Schärmachern zu einer systematischen Hecke gegen die Arbeiterorganisationen benötigt. Dabei wollen auch die Vorstandsmitglieder des Verbandes deutscher Müller unter Führung des Herrn Bauriedel Nürnberg nicht schaffen. Sie beschlossen fügsam:

„Besonders der heutigen Arbeiterberührungen beschloß der Vorstand, sich durchaus den Bestrebungen anzuschließen, die sich gegen den Missbrauch des Koalitionsrechts der Arbeiter richten. Den Zweigverbänden soll empfohlen werden, besondere Arbeitgeberverbände nach dem Muster innerhalb des Brotöffnungs- und des Sächsischen Mühlenverbands bereits bestehenden Arbeitgeberverbände zu gründen, und im übrigen sollen alle Schritte der deutschen Industrie zum Schutz der Arbeiterschaften und insbesondere zur Abwehr der, die aus dem Streitpunktshinweis ergebenen Ausschreibungen, Gefahren und Nachteile auch vom Verband Deutscher Müller unterstützt werden.“

Wir finden, daß Herr Bauriedel mit seinem Gefolge bei dieser Entschließung sehr kurzfristig gehandelt hat. Die Herren wäre fortgesetzt nach Unterdrückung der Großmühlen durch staatlichen Terrorismus; wer derart im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Die Herren schreien nach Umtauschsteuern für die Mühlenindustrie und Kontingentierung des Germahlungsquantums, sie behaupten, daß schon Tausende von Unternehmern der Mühlenindustrie bankrott gegangen sind und Behnauende bankrott gehen werden, wenn die Großmühlen nicht erwürgt werden. Letzteres wird natürlich geschehen, weder durch Mühlenumtauschen noch durch Kontingentierung, weil in Deutschland Kapitalsinteressen Trumpf sind und Habenichts auf staatliche Hilfe nicht zu rechnen haben, gleichviel ob diese Habenichts Arbeiter oder kleine Unternehmer sind. Die Herren Bauriedel und Genossen können also, wenn ihre Not als Unternehmer wirklich so groß ist, als sie uns anderen immer glauben machen wollen, schon heute mit Sicherheit darauf rechnen, daß sie in berührungsreicher kurzer Zeit — Arbeiter sein werden. Da ist es mehr als kurzfristig, nach Unterdrückung der Arbeiterorganisationen, Beschränkung der Streitfreiheit und nach Arbeitgeberverbänden zu schreien. Es wird den Herrschaften so schon angst und bange sein, wenn sie daran denken, daß sie bald als Arbeiter mit einem Lohnbeitrage werden die ganze Woche auskommen müssen, den sie jetzt täglich brauchen, und daß sie dann täglich 10, 12 und mehr Stunden an der Arbeitsschafft hängen werden. Die Herrschaften werden dann die Arbeiterorganisation sehr notwendig brauchen, denn sie werden tot — sehr tot werden, robuste Sozialdemokraten sein!!!

Speisezettel für Arbeiter.

Gelegentlich tauchen „Philantropen“ auf, die den Arbeitersfrauen Ratschläge geben, wie sie mit ihrem Gelde haushalten sollen und wie bequem sie für wenig Geld die Familie statt machen und bei geringem Lohn noch eine Menge sparen können. Wenn ein solcher Philanthrop auch zugleich Unternehmer ist, sind diese Ratschläge noch einer ganz besondern Beachtung würdig. Der Mann meint's wirklich gut. Ein solcher philantropischer Unternehmer ist auch ein Herr Peters in Neuwies bei Düsseldorf, der folgendes Kochrezept für Mittagessen in seiner Menschenfreundlichkeit der Arbeiterschaft verfaßt und es heißt: „Speisezettel für Arbeiter“:

Sonntag: 3 Pf. Sauerkraut 9 Pf., 5 Pf. Kartoffeln 15 Pf., 4 Pf. frischer Speck 20 Pf. Summa 44 Pf.

Montag: 1½ Pf. Ersatz in Suppe 25 Pf., 6 Pf. Kartoffeln 18 Pf., 1 Pf. frische Schweinefleisch 4 Pf. Summa 47 Pf.

Dienstag: ½ Pf. Gerste in Suppe 10 Pf., 6 Pf. Kartoffeln 18 Pf., Wurstbrühe oder Buttermilch 7 Pf. Summa 35 Pf.

Mittwoch: 1½ Pf. weiße Bohnen in Suppe 24 Pf., 5 Pf. Kartoffeln 15 Pf., Öl und Zwiebeln 4 Pf. Summa 43 Pf.

Donnerstag: 7 Pf. Kartoffeln 21 Pf., Zwiebelsoße mit Öl 4 Pf., 1½ Pf. Panzer 20 Pf. Summa 45 Pf.

Freitag: 1 Pf. Kartoffeln 12 Pf., 1 Pf. Brotweizenmehl in Brotflocken 20 Pf., Getz zu Suppe und Öl zu Kuchen 7 Pf. Summa 29 Pf.

Sonabend: 1½ Pf. Reis in Suppe 9 Pf., 5 Pf. Kartoffeln 15 Pf., 1 Liter Wurstbrühe 4 Pf. Summa 28 Pf.

Kost für die ganze Woche 281 Pf., bei einer vierköpfigen Familie, pro Person 70 Pf., also 10 Pf. täglich.

Der Mann hat's los. Und der Herr dieses Kochrezeptes wird auch nicht beeinträchtigt dadurch, daß Herr Peters es aus einem im Jahre 1881 vom „Verband Arbeiterswohl“ herausgegebenen Buche „Das häusliche Glück“ abgeschrieben hat. Denn es der Verband Arbeiterswohl im Jahre 1881, das häusliche Glück mit Kartoffeln, Buttermilch, Wurstbrühe und frischer Schweinefleisch für 4 Pf. c. Mittag begründet wollte oder Herr Peters bei höheren Preisen im Jahre 1910, mit dem guten Willen und der besten Absicht keinen Eintrag. Schade nur, daß diese Rezepte es immer vermischen, selbst einmal die Probe auszutesten zu möchten.

Kritik aus der Tour.

Auf der Chemnitzer Wiesn-Brotöffn. wurde der Bierfahrer Knie aus Brotöffn. tot im Graben aufgefunden. Ob er vom Zug gefallen oder überrollen wurde, ist unbekannt. Bei solchen Unglücksfällen liegt es nahe, erst an einer übermäßig lange Arbeitszeit des Typs zu denken.

Der Anzug.

Auf der Schlesischen Wiesn-Brotöffn. geriet der Kollege Schütz mit dem Koffer fast in einen Anzug, wobei ihm der Fuß oberhalb des Knöchels vollständig abgerissen wurde. — Der Anzug ist doch sicher auch nicht verschwämig.

Bei der Gewerbegefechtszeit in Magdeburg

richteten die 20 Beiträger der Arbeiterschaft Stimmen: die Liste des Gewerbegefechts 11 716, der gelben Brotöffn. 1540, der Brotöffn. 2000. Von den 20 Beiträgern entfallen 42 auf das Gewerbegefecht, 5 auf die Gelben und 3 auf die Brotöffn. Das Gewerbegefecht gewann 2 Siege, die Gelben 1 Sieg, die Brotöffn. verloren 1.

Im Magdeburg waren die Ergebnisse immer so ein großer Erfolg, und dabei das kluge Ergebnis.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbur.: Schillerstr. 6 IV, Berlin O. 27. Fernspr.: Amt VII, 275.

Diese Woche ist der 52. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Beim Verbandskalender für 1911

sind noch eine Anzahl Exemplare vorhanden. Um mit dem Verband derselben bald zu Ende zu kommen, ersuchen wir die Kollegen und Zahlstellen, die Bestellungen zu beschleunigen. Die Bestellungen laufen zu spärlich ein. Die Mitglieder müßten ihren Stolz darin sehen, im Besitz ihres Verbandskalenders zu sein.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher:

Christian Jahn, Arbeiter, Buch-Nr. 31 772, Serie III, geb. 28. Juli 1876 zu Schwechingen, einget. 1. Juli 1903 in Schwechingen.

Jahn hat ein Duplikat erhalten. Nur dieses ist gültig.

Gestorbene Mitglieder.

Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut ausbezahlt Sterbegeldes ist in Klammern beigefügt.

Leipzig: Michnau, Maschinist, 44 Jahre (90 Pf.); Breslau: Trippen, Fahrer, 41 Jahre (45 Pf.); Breslau: Wippon, Fahrer, 34 Jahre (60 Pf.); Dresden: Baumgart, Fahrer, 53 Jahre (56 Pf.); Berlin: Jacobs, Brauer, 51 Jahre (90 Pf.); Düsseldorf: Rudolf Büchel, Brauer, 25 Jahre (60 Pf.); Breslau: Robert Sured, Hilfsarbeiter, 36 Jahre (75 Pf.); Flensburg: Jürgen Paulsen, Müller, 56 Jahre (80 Pf.).

Uns bezahltes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Ehefrau.

Donhäuser-Dessau 20 Pf.; Kramer-Nordhausen 25 Pf.

Eingänge der Hauptkasse

vom 12. bis 18. Dezember.

Für Beiträge: Darmstadt 5,50. Danzig (bez. Bezirk) 15.—. Duderstadt 50.—. Mühlhausen i. Elz 300,—. Gernrode a. Harz 30.—. Großschorira 5.—. Beimar 100.—. Schwerin 350.—. Frankfurt-Hausen 18,10. Marthausen 5,—. Elmshorn i. Holstein 150.—. Neumünster 84,60. Hardburg 300.—. Memmingen 11,50. Neustadt a. Dose 10,—. Essen 500.—.

Für Inserate: Pforzheim 1,80. Nürnberg 1,80. Bad Harzburg 2,10. Weingarten 2,—. Nürnberg 9,60. Niel 84,—. Mannheim 12,60. Ulrich 1,60. Berlin 242,80.

Für Protokolle: Neustadt a. Orla 3,60. Halle 42,75. Neu-münster 90,—. Neustadt a. Orla 7,—. Neumünster 4,50. Berlin 230,50. Goslarmoor 50,—.

Für Broschüren: Berlin 8,60.

Nichtstellung: In letzter Nummer muß es unter den Beiträgen zu Göttingen statt 100,— Pf. 90,— Pf. heißen.

Materialversand.

Neukirchen 111 Marken a 30 Pf. Brandenburg 25 Mitgliedsbücher und 800 Marken a 50 Pf. Halle 4000 Marken a 50 Pf. Stettin 600 Marken a 30 Pf. Bamberg 400 Marken a 50 Pf. Erfurt 4000 Marken a 50 Pf. Bremen 200 Mitgliedsbücher. Wittenberg 800 Marken a 50 Pf. Bremen 600 Marken a 30 Pf. Neu-haldensleben 2000 Marken a 50 Pf.